Die radikale helvetisch Rechte : historische Bezüge und ideologische Komponenten

Autor(en): **Jost, Hans Ulrich**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **11 (1991)**

Heft 21

PDF erstellt am: **27.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-651878

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Hans Ulrich Jost

Die radikale helvetische Rechte

Historische Bezüge und ideologische Komponenten

Anfänge in der Krise des Fin de siècle

In der schweizerischen Geschichtsschreibung wird im allgemeinen der Eindruck erweckt, unser Land kenne weder eine eigentliche Rechte noch eine den Rechtsradikalismus tragende politische Kultur. Zwar situieren sich auf der rechten Seite des politischen Spektrums die Katholisch-Konservativen, doch gelten diese, seit 1891 im Bundesrat vertreten, als eine zur Mitte hinneigende Partei. Auch die nach dem Ersten Weltkrieg entstandene Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (heute SVP), die im Rahmen des Bürgerblocks der Zwischenkriegszeit den antisozialistischen Sturmbock spielte, glaubt sich von rechtsradikalen Strömungen frei. Die welschen Libéraux und ihre in Basel noch verbliebenen Gesinnungsgenossen weisen ebenfalls das Etikett "radikale Rechte" von sich. Anscheinend ist eine eindeutig politische Rechte in der Schweiz eine Ausnahmeerscheinung, ein Betriebsunfall wie beispielsweise der – so die Interpretation der gängigen Geschichtsschreibung – in erster Linie durch die Weltwirtschaftskrise und Hitlers Machtübernahme ausgelöste Frontenfrühling.

Dieses historisch-politische Bild ist mehr als schief. Ebenso wie in den uns umgebenden europäischen Staaten, mit denen wir in grossen Teilen die Grundlagen der politischen Kultur teilen, gibt es in der Schweiz eine breite und tiefverwurzelte Tradition der politischen Rechten, in der auch das Gedankengut des Rechtsextremismus gepflegt wird. Allerdings erscheinen diese Strömungen in der Regel in einem helvetischen Mäntelchen, das bei oberflächlicher Betrachtung die wahre Natur der Protagonisten vorerst verdeckt. Auch hat diese Rechte darauf verzichtet, sich als eigenständige nationale Bewegung zu konstituieren und Flagge zu zeigen. Sie bevorzugt den vermutlich erfolgreicheren Marsch durch die traditionellen Institutionen und Parteien. Dort fand sie in der Regel, dank dem diskreten Charme freundeidgenössischer Soziabilität, ein fruchtbares Tätigkeitsfeld.

Ich möchte mit meiner knappen Skizze, die auf einer eben abgeschlossenen und umfangreicheren Studie beruht(1), eine wichtige Phase der Geschichte der modernen Rechten ein wenig ausleuchten. Es handelt sich um die Zeit der Jahrhundertwende, als in der aufbrechenden Krise der Moderne der Konservatismus eine Renaissance und die zeitgenössischen Rechte ihre eigentliche Geburt erlebten. Doch bevor wir zur Analyse einzelner Aspekte dieser Geschichte übergehen, möchte ich einige historische Daten aufgreifen, die gewissermassen als Orientierungspunkte zur Situierung der politischen Kultur der neuen Rechten herangezogen werden können. (Mit "neuen Rechten" werden im folgenden diejenigen Bewegungen bezeichnet, die sich zum Teil auf den klassischen Konservatismus stützend in den Jahrzehnten

vor dem 1. Weltkrieg als neue politische Formationen gebildet haben.)

Am 15. Juli 1890 starb Gottfried Keller, und siebzehn Monate später, am 17. Dezember 1891, wurde dank der Unterstützung durch die freisinnige Mehrheit der Bundesversammlung, der katholisch-konservative Luzerner Joseph Zemp in den Bundesrat gewählt. Mit Keller verschwand das lebende Symbol der liberalen Utopie der freisinnigen Schweiz. Mit der Wahl Zemps entschied sich der Freisinn zu einer nach rechts erweiterten Machtallianz. Die Stabilisierung des bürgerlichen Herrschaftssystems erfolgte also, auf Kosten des nun endgültig marginalisierten Linksliberalismus, mittels einer liberal-konservativen Konkordanz. Damit zerfiel der radikale Liberalismus, der 1848 noch als progressiver Sturmtrupp des Freisinns die Gründung des Bundesstaates vorangetrieben hatte. Nicht wenige Exponenten der linken Richtung verliessen die Mutterpartei und schlossen sich der 1888 gegründeten Sozialdemokratischen Partei an.

Diesem Rechtsrutsch im dominierenden Herrschaftsgefüge entspricht ein tiefgreifender Wertewandel in der Gedankenwelt der Intellektuellen und Schriftsteller. Irrationalismus und Skeptizismus einerseits, mythische und elitäre Phantasmen andererseits machten sich zunehmend bemerkbar. Der gemeinsame Nenner dieser neuen und zwiespältigen Sensibilität findet Ausdruck in der Verachtung des politischen Liberalismus. "Der Individualismus", schrieb beispielsweise ein William Martin in der *Gazette de Lausanne* (2.4.1911), "hat, in einer logischen Entwicklung, den Liberalismus geschaffen, und beide zusammen sind für die herrschende Unordnung verantwortlich". Dem fügt dann Martin noch bei: "Der Sozialismus ist ein Element der Unordnung im liberalen Staat...".

Mit der Ablehnung des Liberalismus beginnt auch die Suche nach neuen Wertmustern. Der Zufall will es, dass ausgerechnet in jener Ausgabe des Berner *Bund* in der Joseph Victor Widmann, liberaler Feuilletonist und Schriftsteller, dem Tode Gottfried Kellers gedenkt, eine ebenfalls aus der Feder Widmanns stammende und durchaus positiv gehaltene Artikelserie zum neuen Kultbuch der Rechten, "Rembrandt als Erzieher" von Julius Langbehn, erschien. Dieser "Rembrandt", muss angemerkt werden, ist in erster Linie eine literarische Metapher, in der ein antidemokratisches und reaktionäres Gedankengut seinen Ausdruck findet. Nicht nur die neue Rechte um 1900, auch die Nationalsozialisten haben später diese Schrift mit Begeisterung aufgenommen.

Ähnliche Ansätze finden sich auch in der Intellektuellenwelt der welschen Schweiz. So erschien beispielsweise 1883 unter dem bezeichnenden Titel "La course à la mort" ein Buch von Eduard Rod (1857-1910), einem Autor, der in der Westschweiz zu höchstem Ansehen gelangt. Rod zeigt uns mit seinem nostalgischen Skeptizismus und seinem "mal du siècle" die andere Seite des neuen, letztlich aber auch gegen den Rationalismus und den Liberalismus gerichteten politischen Kulturverständnisses. Nicht von ungefähr wurde diese Schrift vom jungen "maître à penser" der französischen Rechten, Maurice Barrès, in hohen Tönen gelobt.

Diese Beispiele weisen auf die Geisteshaltung hin, die den politischen

Rechtstrend begleitet. In ihr finden wir auch ein neues schweizerisches Selbstverständnis, das sich deutlich von Kellers "Seldwyla" und vom 48er Liberalismus abhebt. Als Illustration diene hier ein Abschnitt aus einem unter dem Titel "Le besoin de l'ordre" erschienenen Aufsatz von Gonzague de Reynold:

"Gewiss, wir sind aus Tradition und Patriotismus überzeugte Republikaner; aber als Republikaner wollen wir uns um die 'öffentliche Sache' kümmern. Die öffentliche Sache, das ist die Schweiz in ihrer Ganzheit. Was macht aber heute die herrschende Demokratie mit dieser religiösen, dieser heroischen, dieser an Kunst und Genie so reichen Schweiz? Sie verdirbt sie uns dermassen, dass in ihr nicht mehr zu leben ist. Die Politik verfälscht und unterdrückt das Gewissen der Einzelnen und macht es zu etwas, das im pöbelhaften Wort 'Wählermasse' am besten zum Ausdruck kommt. Da von Jahr zu Jahr die Qualität des 'regierenden Personals' sinkt, so sind wir auch zusehend zwar vorläufig noch ehrlichen, aber immer kulturloseren Koterien ausgesetzt. Man lebt von schlechten Übereinkünften und Kompromissen. Ein dummer Materialismus überflutet alles. Unsere Tradition wird verachtet, unsere Vergangenheit gefälscht; unser Ruhm ist vergessen. Der Fremde wühlt an allen Enden, und doch tut man alles für ihn. Die 'Fremdenindustrie' – auch einer dieser besonders erniedrigenden Ausdrücke – zerstört unser Volk, ohne dass dabei ein Gewinn abfällt. Sie dringt selbst in die heiligen Bereiche der Kunst, der Wissenschaften und der Erziehung ein. Und die eigentliche Industrie ihrerseits erzeugt ein zum grössten Teil aus französischen, italienischen und deutschen Flüchtlingen zusammengewürfeltes Proletariat, das sich über unser Land, von dem es lebt, lustig macht. Vor ihm zittern selbst die mit dem allgemeinen Stimmrecht erkorenen Volksvertreter. Niemand will das Risiko eingehen, offen darauf zu reagieren. Auch hat man Angst vor klaren Worten: man lässt die Adelstitel fallen und man nennt einen Korpskommandanten lediglich Oberst. Und schliesslich wagt man nicht, falls es sich als notwendig erweist, das Asylrecht aufzuheben und die Axt an der Wurzel des Übels anzusetzen"(2).

Rückkehr zum Ancien Régime

Der Antiliberalismus, falls er nicht einfach aus traditionell katholisch-konservativen Positionen hervorgeht, beruht in starkem Masse auf der Kritik an der von Industrie und Kapitalismus geformten modernen Gesellschaft. Doch auch die zum Teil recht fragwürdige Herrschaftspraxis des Freisinns gab der antiliberalen Kritik Nahrung. Hinzu kam, dass sich durch die zunehmend schärfer hervortretenden gesellschaftlichen Widersprüche der Industriegesellschaft auch das Aggressionspotential der Rechten zu verstärken begann. Streiks waren Anlass genug, den Klassenkampf auch von oben nach unten oder, mit andern Worten ausgedrückt, den institutionalisierten Bürgerkrieg, vorzubereiten. Selbst ein gemässigter Liberaler wie Carl Hilty bediente sich in Bezug auf die Generalstreikidee einer radikalen Sprache: "Ein Generalstreik ist ein dem Aufruhr gleichzustellendes Verbrechen und darf

nur mit Belagerungszustand (Militär) beantwortet werden"(3).

Es fehlt hier der Platz, um eingehend den allgemeinen gesellschaftlichen Wandel und die entsprechenden neuen oder revidierten Wertvorstellungen des freisinnigen und des konservativen Bürgertums zu analysieren. Ich versuche deshalb, ohne viel Umschweife, gleich die wichtigsten ideologischen und gesellschaftspolitischen Aspekte der neuen Rechten zusammenzutragen und zu benennen.

Einige wichtige Elemente sind schon in der konservativen Kritik des Liberalismus enthalten. Georges de Montenach (1862-1925), eine führende Persönlichkeit nicht nur des Freiburgers, sondern auch des internationalen politischen Katholizismus, beklagte beispielsweise "den romanischen Sentimentalismus", der die Schweizer, in Anlehnung an die Französische Revolution und die Prinzipien von 1789, dazu führe, "uns die Freiheit, die Gleichheit und die Brüderlichkeit in einem Lichte zu zeigen, das nicht schweizerisch" sei und das "in keiner Weise den Realitäten unserer historischen Entwicklung" entspreche(4). Diese noch verklausulierte Rückweisung der modernen Freiheits- und Menschenrechte wird von anderen Gesinnungsgenossen der Rechten aufgenommen und radikalisiert. So ruft man bei der jungen, mehrheitlich aus Schriftstellern zusammengesetzten Rechten in Genf(5) kurz und bündig: "Wenn eine Idee aus unserem konterrevolutionären Programm auszuschliessen ist, so ist es mit Sicherheit die des allgemeinen Stimmrechts."(6).

Antidemokratische Modelle werden auch, ausgehend von derselben Kritik am Liberalismus auf die Ebene der Wirtschaft projiziert. Diese Vorschläge finden umsomehr Gehör, als der Wirtschaftsliberalismus nicht nur seiner sozialen Widersprüchlichkeiten wegen, sondern auch durch die erste grosse Wirtschaftskrise in den 18er Jahren und den darauf folgenden Staatsinterventionismus beträchtlich an Glaubwürdigkeit verloren hatte. Dies öffnete korporatistischen Ideen, wie sie beispielsweise im Rahmen der Union catholique d'Etudes sociales et économiques à Fribourg diskutiert wurden, Tür und Tor. In diesen Kreisen fand ein Abbé Savoy seine grundlegenden Konzepte, die er dann in der Zwischenkriegszeit ins Programm der Katholisch-Konservativen einbringen konnte, wodurch auch deren Annäherung an die Frontenbewegung befördert wurde. Abbé Savoy rühmte sich denn 1933 auch, dass er und seine Organisationen vor Italien, vor Deutschland und vor den Fronten längst die korporative Gesellschaftsordnung propagiert hätten.

Hinter all dem verbirgt sich eine antidemokratische und antiliberale Gesellschaftsvorstellung, mit der die modernen politischen Freiheiten und Rechte aufgehoben werden sollten. Das Ancien Régime und eine mythisch verklärte Urschweiz gelten als Leitbilder für eine politische Umgestaltung der modernen Schweiz. Die Gesellschaft soll erneut auf einer "natürlichen" Hierarchie beruhen. Das traditionalistische Hierarchieverständnis wird nun aber mit modernen "wissenschaftlichen", aus Darwinismus und Rassentheorien abgeleiteten Ansätzen untermauert. In dieser Vorstellungswelt der reaktionären Kräfte kommt es zu einem Amalgam, das den traditionellen Konservatismus entscheidend verändert.

Patriotismus der radikalen Rechten: Fremdenfeindlichkeit und Antisozialismus

Den hierarchischen Prinzipien entsprechend entwickelt die neue Rechte ein System von Über- und Unterordnung, von überlegenen und minderwertigen Rassen und Klassen. Zugleich sucht sie aber, da die integrative Idee der Demokratie fehlt, den identitätsstiftenden Nationalismus zu verstärken. Im Schnittpunkt dieser Ansätze blühen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Das hört sich bei einem Gonzague de Reynold etwa wie folgt an: "Aber wir werden zudem auch noch von Barbaren überfallen (...) Diese Sklaven, diese Griechen, diese Südamerikaner, diese Orientalen sind alles grosse, unzivilisierte Kinder, die mit geschmacklosem Tand und grossem Luxus, mit nebulösen Philosophien, mit subversiven Ideen und mit moralischen und physischen Krankheiten zu uns kommen. Wenn wir nur stark genug wären, ihnen unsere Kultur aufzuzwingen! Aber nein: sie sind es, die bei uns Propaganda machen, und was für eine und mit welchen Mitteln! Und die Anarchie überzieht unsere Städte. Das 'Asylrecht' hatte seine Berechtigung zu einer Epoche, als man für die wesentlichsten Freiheitsrechte kämpfte – es ist heute zu einer Gefahr geworden"(7).

Ideen über Ausscheidung des Fremden und Abgrenzungen zu andern Rassen fanden auch in der Schweiz zahlreiche Exegeten. Der sogenannte "arische" Ursprung der Schweizer wird sogar in einer bundesrätlichen Botschaft herausgestrichen(8), und die breite Öffentlichkeit begeisterte sich an der "Erforschung" von Stämmen und Rassen, wobei nun besonders die Geschichten von Kelten und Pfahlbauern, auch wenn sie wissenschaftlich sehr abwegig waren, auf grosses Interesse stiessen. Dass in einem solchen Klima dann Rassentheorien wie jene von Houston Chamberlein auf Wiederhall stiessen, ist nicht mehr erstaunlich. Eugen Bircher, auf den ich später noch eingehen werde, besprach in diesem Geiste das Buch "Untergang der grossen Rasse" von Madison Grant(9). Er fügte dieser Besprechung eigene Überlegungen zur schweizerischen "alpinen" Rasse an und bemerkte dabei auch, dass die Demokratie in der Regel die Entwicklung mediokrer Rassen begünstige. Ideen zum "homus alpinus" tauchten ebenfalls in der angesehenen Zeitschrift "Wissen und Leben" auf. Es wird, auch mit Bezug auf die Schweiz, die Gefahr einer negroiden Dekadenz heraufbeschworen und die Aufzucht einer schweizerischen Rasse vorgeschlagen(10). Selbst ein grosser Wirtschaftsführer wie Eduard Sulzer-Ziegler begeisterte sich an Rassentheorien und bezeichnete sich selber, stellvertretend für die Unternehmer überhaupt, als "Wikinger- Typ." Dies sind nur einige Beispiele, die sich zum helvetischen Rassismus des Fin de siècle und der Belle époque anführen lassen. Um den Umfang dieses Artikels nicht zu sprengen, verzichte ich hier auf eine Darstellung des in dieser Zeit stark zunehmenden Antisemitismus auch in der Schweiz.

Dieser Rassismus verband sich nun mit der neu aufkommenden Fremdenfeindlichkeit. Vorwände fanden sich bekanntlich genug, hatten doch die Bedürfnisse der Schweizer Wirtschaft eine grosse Anzahl fremder Arbeitskräf-

te ins Land geführt und den Anteil der ausländischen Bevölkerung auf beinahe 15 Prozent ansteigen lassen. Nun tauchte, soweit ich sehe, zum ersten Male das berüchtigte Wort von der "Überfremdung" auf, so beispielsweise 1900 in einer Schrift "Zur Fremdenfrage", in der behauptet wird, angesichts der Überflutung durch Ausländer könne die Schweiz nur noch durch ein Wunder gerettet werden(11). Es handelt sich hier nicht etwa um die Stimme eines Extremisten, sondern mit C. Schmid um einen Autor, der auch Gastrecht in der NZZ genoss. Sein Sohn wird 1925 in Zürich eine Dissertation zur Rassenhygiene vorlegen, die ausgezeichnet den Geist der neuen Rechten widerspiegelt(12).

Um dieses an sich bekannte Bild der schweizerischen Fremdenfeindlichkeit der Zeit um 1900 noch ein wenig zu ergänzen, sei abschliessend auf die gegen Ende des Jahrhunderts einsetzende Repression der Zigeuner hingewiesen. 1911 empfahl der Bundesrat sogar, gestützt auf ein im Justiz- und Polizeidepartement ausgearbeitetes Konzept für den Kampf gegen die "Zigeunerplage", allgemein verbindliche Massnahmen(13). Bekanntlich wird sich dann einige Jahre später auch die Pro Juventute unter Leitung von Carl Horber – dessen Buch "Die schweizerische Politik" (1928) zur Grundlektüre der Fröntler zählte – und Ulrich Wille junior mit der Lösung der Zigeunerfrage befassen.

Zum kulturphilosophischen Ansatz des Rassismus gesellten sich um 1900 medizinisch-biologische, auf der Vererbungslehre aufbauende Theorien. Berühmte Forscher wie ein August Forel waren überzeugt, dass die Gesellschaft sich in zwei Klassen, eine gesunde und nützliche einerseits, eine kranke und gefährliche andererseits, aufteile. Von ähnlichen Vorstellungen ausgehend entwickelten angesehene Psychiater wie Eugen Bleuler oder Ernst Rüdin sehr weitreichende, von der Rechten in vulgarisierter Form übernommene Vorschläge zur Rassenhygiene und zur Eugenik. Rüdin selber wird, nachdem er der psychiatrischen Universitätsklinik von Basel vorgestanden hatte, einer der wichtigsten Berater der Rassenpolitik der Nationalsozialisten(14).

Hinzu kommt schliesslich noch eine in der Logik der Rechten entscheidende Verbindung von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und einem geradezu als fundamental und existentiell verstandenen Antisozialismus. Angesichts der Tatsache, dass in der Arbeiterschaft die ausländischen Arbeitskräfte eine nicht unbedeutende Rolle spielten – mangels politischer Rechte konnten diese zudem ihre Forderungen in erster Linie nur in Arbeitskämpfen vorbringen –, gelang es der Rechten leicht, die sozialistische Arbeiterbewegung schlicht als "ausländisch" zu verketzern. Immer wieder liest man, Streiks seien von "ausländischen Agenten" geleitet. Das starke Kontingent von Italienern, die als primitiv und kulturell rückständig beschrieben werden, gab zusätzlich die Möglichkeit, die rassistische Komponente zu verstärken.

Unternehmer wie ein Eduard Sulzer-Ziegler, aber auch Unternehmerorganisationen wie der Schweizerische Bauunternehmerverband, bedienten sich ungeniert dieser Ideologie der Rechten(15). Sie versuchten damit, dem von ihnen geforderten harten Vorgehen gegen die "Unruhestifter" eine bes-

sere moralische Legitimität zu verleihen, spekulierten aber auch mit der durchaus wahrscheinlichen Möglichkeit, die durch die Konkurssituation unter den Arbeitern geschaffenen latenten xenophoben Gefühle anzuheizen und so die Arbeiterbewegung insgesamt spalten zu können.

Der Weltkrieg als verkappter Klassenkampf der Rechten

Es ist nicht einfach, mit wenigen Worten alle jene Zusammenhänge aufzuzeigen, mit denen eine oft ambivalente Ideologie der Rechten mit den gesellschaftlichen Phänomenen und Widersprüchen jener Epoche solcherart in Beziehung gesetzt wurde, dass dadurch der Anschein einer kohärenten Legitimation ihrer Position entstand. Obwohl noch viele solcher Bezüge aufzuzeigen wäre, beschränke ich mich auf einen letzten Bereich, das Militär.

1907 wurde in einer denkwürdigen Volksabstimmung, geprägt von einem enormen Propagandaaufwand, die neue Militärordnung durchgebracht. Angesichts der starken Opposition schrieb Hilty erleichtert: "Das Schweizer Volk hat seine Seele wieder gefunden"(16). Hinter diesen romantischen Worten verbarg sich allerdings ein brisantes sozialpolitisches Konzept: Der Aufbau eines elitären Soldatentums zur moralischen und politischen Bewahrung der bürgerlichen Ordnung. Andere, wie beispielsweise Eugen Bircher, meinten hinwiederum, die Rasse des "homus alpinus" gegenüber der als völlig überlegen geltenden nordischen Rasse mit dem Argument verteidigen zu können, dass erstere sich vor allem durch ihre kriegerischen Tugenden qualifiziert habe. Alle diese Aufwertungen eines elitären Soldatentums unterstützten die Forderungen von Obersten wie Wille und Gertsch, die unablässig nach einem neuen militärischen Geist, nach uneingeschränkter Disziplin und nach preussischem Taktschritt riefen. Diesen Vorstellungen ist die Idee gemeinsam, dass die Schweiz am Militär gesunden müsse. Selbst bei Hilty spielt die militärische Elite bei der Erneuerung der sozialen Ordnung eine zentrale Rolle:

"Wir sehen überhaupt in einem festgefügten, moralisch und wissenschaftlich gebildeten und patriotischen Offizierscorps, die grösste Garantie der jetzigen Eidgenossenschaft und die einzige reelle Möglichkeit, in den nächsten Zeiten, in denen Alles in den Parteien auseinanderzugehen droht, die nötige Einsicht aufrecht zu erhalten. An diesem Felsen muss sich brechen, was sonst nicht richtig bei uns ist. Und in diesem Dienst muss auch für das bürgerliche Leben der Sinn für Ordnung und Zweckmässigkeit der ganzen Lebensführung, die eben auch ein Dienst ist, – wenn sie recht ist und nicht blosse Willkür – lebendig erhalten und gelernt werden, was in republikanischen Staaten das Schwerste und Notwendigste ist: recht gehorchen und recht befehlen zu können. Bei uns ist das Militärwesen und seine richtige Ausgestaltung nicht nur eine politische Notwendigkeit, das Schützen gegen Aussen wegen, sondern es ist auch ein ganz unentbehrlicher Theil der öffentlichen Erziehung unseres Volkes."(17)

Für die neue Rechte hatte das Militär sowohl eine ideologische, ja oft beinahe religiöse, wie auch eine praktische sozialpolitische Bedeutung. Auf

ideologischer Ebene ging es um die Bestätigung des Hierarchieprinzips und um eine konkrete Manifestation des immer wieder angerufenen vaterländischen Gemeinschaftsgefühls. Untergründig ist darin auch eine Verteidigung und Aufwertung des durch Frauenbewegung und individualpsychologische Theorien in Frage gestellten Männlichkeitsideals enthalten. Auf der konkreten Seite hinwiederum hatte die unmittelbare Erfahrung gezeigt, dass man auf das Militär für den Einsatz gegen die Arbeiterschaft nicht verzichten konnte.

In diesem Zusammenhang hatte Vilfredo Pareto, Nationalökonom und Elitetheoretiker, schon 1904 die Idee geäussert, dass ein grosser Krieg in Europa den Sozialismus mindestens um ein halbes Jahrhundert zurückwerfen und die Existenz der Bourgeoisie für eine entsprechende Zeit retten könnte. Die schweizerische Rechte spekulierte offensichtlich mit ähnlichen Gedanken. Kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges kam Kaspar Decurtins, einer der Führer der modernen katholischen Rechten (fälschlicherweise oft dem linken Flügel zugezählt), in einer öffentlichen Rede auf diese Frage zu sprechen. Mit einem Krieg möchten nicht wenige, meinte Decurtins, sich vor einer Revolution retten. Er schloss allerdings mit der Warnung, dass ein Krieg möglicherweise gerade die Revolution erzeugen könnte.

Die Behauptung ist nicht übertrieben, dass nicht wenige der jungen Rechten einen grossen Krieg mit Spannung erwarteten. Aus ihren Reihen stammt auch ein 1913 erschienenes, eigentliches militärisches Kultbuch "L'homme dans le rang" von Robert de Traz, das bezeichnenderweise im Jahre 1936 erneut aufgelegt wurde. Ähnlich einem Erziehungsroman zeigt de Traz, dass der Mann nur in der militärischen Hierarchie, unter der Fahne seine wirklichen "menschlichen" Werte zu realisieren imstande sei. Gonzague de Reynold seinerseits empfand den Weltkrieg als eine Notwendigkeit mit durchaus positiven Seiten. Er erwarte von ihm die Geburt einer neuen Epoche. "Es wird nicht Abrüstung, Friede oder universelle Brüderlichkeit geben: das sind Utopien und man muss die Wolken im Himmel belassen. Aber es wird ohne Zweifel eine neue Aera sein, mit neuen Ideen und neuen Formen um diese Ideen auszudrücken."(18)

Aufbruch ins 20. Jahrhundert

Ich hoffe, dass die hier leider nur punktuell vorgebrachten und bei weitem nicht alle Aspekte des Themas berührenden Hinweise genügen, um einen einigermassen verständlichen Einblick in die grosse Spannweite des Diskurses der neuen Rechten von 1900 gewinnen zu können. Es drängt sich natürlich auch die Frage auf, inwieweit dieses Phänomen das politische System und die politische Kultur der Schweiz zu beeinflussen vermochte. Auf den ersten Blick mag der Eindruck entstanden sein, die neue Rechte habe kaum in der allgemeinen Politik Fuss gefasst und habe in erster Linie nur den kulturellen Bereich berührt. Gerade diese Präferenz zählt jedoch zur Charakteristik der neuen Bewegung. Da das politische System des Liberalismus und

des Parlamentarismus sowie auch die übliche politische Debatte, als altmodisch und überholt galten, wurde der kulturelle Bereich geradezu als Politikersatz aufgebaut. Die reaktionäre Rechte machte sich die "moderne" Idee zu eigen, rationale Politik sei durch Ästhetik zu ersetzen – ein Gedanke übrigens, der sich heute im sogenannten Postmodernismus wiederfindet(19).

In diesem Sinne kam es gar zur Gründung einer Organisation. Beinahe einem Geheimbund gleich, mit kulturellem und elitärem Anspruch, gründete eine Gruppe um G. de Reynold 1912 eine *Pro Helvetica Dignitate et Securitate* genannte Bewegung. Aus ihr ging dann 1914 die *Neue Helvetische Gesellschaft* hervor, in der allerdings die radikale Rechte nicht mehr allein tonangebend war. Im übrigen schenkte die neue Rechte anderen kulturellen Bewegungen, wie beispielsweise dem Heimatschutz, ihre ganz besondere Beachtung.

In weiten bürgerlichen Kreisen und im traditionellen Konservatismus, in den kulturellen und gesellschaftspolitischen Kolumnen der gehobenen Zeitungen und Zeitschriften war die neue Rechte sehr präsent. Der Erste Weltkrieg, das Kameradschaftserlebnis unter Offizieren und der Landesstreik von 1918 bestätigten und erweiterten diese reaktionären Kreise in starkem Masse. Sie wurden in der Folge zu konstitutiven Elementen des Bürgerblocks der Nachkriegszeit, prägten die Entwicklung der Parteien der Rechten – Katholisch-Konservative, Liberal-Konservative sowie die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei – und beförderten schliesslich die Anfänge jener Bewegungen, die dann in den 30er Jahren im "Frontenfrühling" aufmarschiert sind.

Diese Entwicklung der radikalen helvetischen Rechten des 20. Jahrhunderts lässt sich sehr schön an der Biographie Eugen Birchers (1882-1956) ablesen(20). Bircher, von Beruf Arzt und Chef des aargauischen Kantonsspitals, aber leidenschaftlicher Militär aus "Berufung" fand in der Jugend sein Weltbild im Ideal reaktionärer Studentenverbindungen, in einer sich auf Nietzsche abstützenden Vulgärphilosophie und im sogenannten "wissenschaftlichen" Sozialdarwinismus. Er vertrat die Idee einer vom Parlamentarismus gereinigten "hierarchischen" Demokratie, die den Eliten den notwendigen Spielraum für eine autoritäre Führung einräumen würde. Der Erste Weltkrieg brachte ihm, wie vielen seiner Gesinnungsgenossen, das ersehnte militärische Leben und den Beginn einer Karriere, die bis zum Grade eines Oberstdivisionärs führen sollte. Die Konflikte mit der Linken und der Landesstreik von 1918 bestätigten ihn in seinem kompromisslosen antisozialistischen Kampf. Er gründete zu diesem Zweck den Vaterländischen Verband, der vom Militärdepartement mit Waffen und von Industrie und Banken mit Geld unterstützt wurde. Er knüpfte ein geheimes Nachrichtennetz, das von rechtsradikalen Kreisen Deutschlands bis zu hohen Beamten der Bundesverwaltung reichte. Sein offizielles politisches Statut war das eines Nationalrates der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei. Man fand ihn in den 30er Jahren aber auch in am "Frontenfrühling" beteiligten Bewegungen. 1942, im schwärzesten Augenblick der eidgenössischen Aussenpolitik, als Bundesrat von Steiger mit dem Bild vom "vollen Boot" hausieren ging, liess

Bircher an einer öffentlichen Versammlung unter Beifall verlauten: "Die Emigranten wollen sich bei uns eine wirtschaftliche Position erobern. Die werden wir nicht mehr los. Sie werden Gift ausstreuen. Sie bilden einen Fremdkörper im Volke, der wieder herausgeschafft werden muss. (...) Diese Leute (die sich für die Flüchtlinge einsetzen) bringen uns politische Gewandläuse, die wir nicht brauchen können. Da gilt es nun hart zu werden."(21)

Ein anderer berühmter Repräsentant der neuen Rechten, Gonzague de Reynold, hatte nicht weniger gesellschaftlichen und politischen Erfolg. Er vertrat die Schweiz in Kommissionen des Völkerbundes, unternahm vertrauliche Missionen zu Mussolini, wurde engster Berater der Bundesräte Motta, Musy und Etter, dessen berühmte Botschaft zur Kulturpolitik von 1938 er entwarf. In einem Brief schrieb Etter enthusiastisch: "Sie sind nicht nur ein Dichter, sie sind ein Seher" (22). Dieser Seher vertrat noch mitten im Zweiten Weltkrieg die Idee, es sei für die Schweiz eine Chance, sich Hitlers "Neuer Ordnung" anzupassen.

Diese beiden spektakulären Beispiele dürfen uns aber nicht dazu verleiten, in der Entwicklung des Rechtsradikalismus nur das Aufblühen einiger orchideenhafter Gewächse zu sehen. So wie Bircher und de Reynold sich in der bürgerlichen Elite integrierten, so setzten sich auch grosse Teile der Ideologie der neuen Rechten in Gesellschaft und Institutionen der Zwischenkriegszeit fest. In dieser Krisenperiode fand der autoritäre Ruf nach Ordnung (de Reynolds "besoin de l' ordre") eine breite Zustimmung. Der korporatistische Staatsgedanke wurde nicht nur von Abbé Savoy, den Katholisch-Konservativen und Bundesrat Etter propagiert, sondern fand beispielsweise auch im Schweizerischen Gewerbeverband und bei dessen rührigem Sekretär, August Schirmer, Aufnahme. Ähnliche Ideen, verbunden mit Antiparlamentarismus und Ablehnung der politischen Parteien zählen zum politischen Credo eines General Guisan, eines Raymond Devrient (Sekretär des Büros des Schweiz. Handels- und Industrievereins) oder eines Albert Masnata (Office suisse d' Expansion commerciale und Chef der eidgenössischen Filmkammer). Die rassistisch gefärbte Fremdenfeindlichkeit, um noch einen anderen Grundzug der neuen Rechten zu nennen, wird geradezu zu einem amtlich abgesegneten Politikum der 30er und 40er Jahre.

Eines der Lieblingsbilder von Gonzague de Reynold war jenes eines "barocken", von einer aristokratischen und militärischen Elite im Geiste des Ancien Régimes geführten Staates, dessen Grösse nicht nur in der politischen Leistung, sondern ebensosehr in einer beeindruckenden ästhetischen Erscheinung zu finden wäre. Wenn wir heute die Bilder der 650-Jahre-Feier der Eidgenossenschaft, 1941 in Schwyz zelebriert, sowie das von General Guisan als Öffentlichkeitsarbeit inszenierte militärisch-folkloristische Ritual des Reduit-Staates an uns vorbeiziehen lassen, so ist man versucht, darin eine martialische Version von de Reynolds Traum zu sehen.

Die Forderung nach "besoin de l' ordre" fand, wie gesagt, bis weit in die bürgerliche Mitte hinein regen Widerhall. Bundesrat Pilet-Golaz, dessen seltsam autoritären Worte anlässlich der Radioansprache vom Juni 1940 bisher als eine durch die Krisensituation bedingte Ausnahmeerscheinung inter-

pretiert wurden, war in Tat und Wahrheit viel tiefer im Geiste der gerade in seinem Heimatkanton Waadt sehr verbreiteten radikalen Rechten verankert. Schon 1933 hatte er, gemäss einem Bericht der *Gazette de Lausanne* vom 24. Dezember, mit folgenden Worten sein Selbstverständnis von Regierung und Demokratie erläutert:
"Diesem Krieg des Magens und des Geldes, dem sich die Völker anheimgeben, können wir, falls es nicht zu einer unreparierbaren Niederlage kommen soll, nur mit methodischem Widerstand begegnen. An der Regierung ist es, den Plan aufzustellen, an der Nation, ihn auszuführen (...). Ihr verstündet das nicht? Tant pis; ein General hat nicht die Musse, seinen Truppen das Warum der Dispositionen zu erklären, und eine Regierung funktioniert heute wie ein General. Ihr würdet nicht einverstanden sein? Was spielt das auch für eine Rolle! Ihr habt nicht die Übersicht der Lage, ebensowenig wie ein Kompaniekommandant jene Division beurteilen kann. Eure bürgerliche Pflicht ist trotz allem, die Befehle auszuführen, oder, sprechen wir es aus: zu gehorchen..."

P.S.: 1990 hatte sich zum 100. Mal der Todestag von Gottfried Keller gejährt. Im selben Jahr weihten Bundesrat Delamuraz und Alt-Bundesrat Chevallaz, beide Freisinn, eine Gedenktafel zu Ehren von Bundesrat Pilez-Golaz ein. Und am selben Tage, da ich weit weg von der Schweiz, in Neapel, dieses Manuskript beende, erreicht mich die Nachricht vom Tode Max Frischs. Fine della Storia...

Anmerkungen

1) Da in dieser Studie über die politische Rechte in der Schweiz, die in Bälde erscheinen wird, eine umfangreiche Bibliographie sowie umfassende Anmerkungen zu finden sein werden, beschränke ich mich hier auf die allernotwendigsten Angaben, zur Ergänzung kann auch noch beigezogen werden: Jost H.U.: "Kulturkrise und politische Reaktion", in: Europa um 1900. Texte eines Kolloquiums, hg. von Fritz Klein und Karl Othmar von Aretin, Berlin. 1989. S. 303-317. ders. "Xénophobie, racisme et antisocialisme en Suisse vers 1900", in: Racisme et xénophobie, Lausanne 1990 (Histoire et Societé contemporaines, t. 10).
2) De Reynold, G.: "Le besoin de l'ordre", in: La Voile Latine, t. VI. 1910, S. 11.
3) Hilty, C.: Politisches Jahrbuch der Schweizerischen Eidgenossenschaft 1907, S. 669.
4) De Montenach, G.: "Le problème de l'éducation nationale". Pensées et prévisions politiques. Articles recueillis et préfacés par G. de Reynold, Fribourg 1926, S. 29.
5) Clavien, A.: "Une revue nationaliste romande du début du siècle: "Les Feuillets" (1911-1913)", Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 37, 1987, S. 285-302.
6) Les idées de demain, no 3, Genf 1911, S. 25.
7) De Reynold, G.: "La 'Suisse actuelle"' et la 'Suisse de demaine", in: Wissen und Leben V, 1909/10, S. 264.
8) Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Erwerbung der Pfahlbauten-Sammlung von Dr. Gross und das Postulat vom 9. Juli 1883 betreffend Gründung eines schweiz. Nationalmuseums (Vom 25. November 1884), In: Bundesblatt 1884, IV, S. 564.
9) Bircher, E.: "Zur Rassenfrage in der Schweiz. Bei Anlass von Madison Grants 'Untergang der grossen Rasse', Schweizer Monatshefte 5, 1925/26, S. 671-677.

10) Wissen und Leben III, 1908/09, S. 350.
11) Schmid, C.A.: Unsere Fremdenfrage, Zürich 1900, S. 5.
12) Schmid, R.: Der Geburtenrückgang in der Schweiz. Eine Bevölkerungswissenschaftliche Studie. Diss. rechts- und staatswiss., Zürich 1925.
13) Egger, F.: "Der Bundesstaat und die fremden Zigeuner in der Zeit von 1848 bis 1914", in: Studien und Quellen 8, 1982, pp. 49-73.
14) Rufer M.: "Rassismus und Psychiatrie in der Schweiz." in: Widerspruch 14, Zürich. 1987.
15) Sulzer-Ziegler, E.: "Streik und Staat", In: Wissen und Leben X, 1912, S. 2-10.
16) Politisches Jahrbuch XXI, 1907, S. 545.
17) Politisches Jahrbuch VIII, 1893, S. 396.
18) Zit. in: Mattioli, A.: Gonzague de Reynold und die Rechte in der Schweiz, Lizentiatsarbeit Universität Basel, 1987, S. 44.
19) Vattimo, G.: Das Ende der Moderne, Stuttgart 1990.
20) Heller, D.: Eugen Bircher, Zürich 1988.
21) Zit in: Gautschi, W.: Geschichte des Kantons Aargau, Bd. 3, Baden. 1978, S. 415.
22) Zit. in: Mattioli, op.cit., S. 131.

Jürg Frischknecht

Neonazis in der Schweiz – cui bono?

Oder: Wie die SVP sich am Rassismus gesundstösst

Angesichts der sich häufenden Gewaltakte gegen Nichtweisse sind PolitikerInnen seltener geworden, die öffentliche Verdrängungsrituale zelebrieren wie Bundesrat Flavio Cotti noch vor weniger als zwei Jahren in einem Fernsehgespräch: "Herr Bichsel, sprechen Sie doch nicht von Fremdenhass in diesem Land!" Nach wie vor gefragt sind indessen zwei weit verbreitete Verdrängungsmuster. Erstens: Alles wäre bloss halb so schlimm, wenn die Medien die paar Untaten, die tatsächlich passieren, weniger hochspielten und damit überflüssigerweise zu Nachahmungstaten animierten. Zweitens: Die allermeisten Gewaltakte sind unpolitische Nachtbubenstreiche – Entgleisungen, wie es sie schon immer gegeben hat. (Jene Zeitungen, die einschlägige Meldungen in der Rubrik "Unfälle" und "Verbrechen" einrücken, unterstützen solche Tendenzen.) Gemeinsam ist solchen Verharmlosungen von Medien und PolitikerInnen, dass sie davon dispensieren, sich mit dem Phänomen rassistischer Gewalt näher auseinanderzusetzen. Wer sich dieser Mühe unterzieht, stellt rasch fest: Die meisten Gewaltakte, die von 'gewöhnlichen' (zumeist betrunkenen) Schweizer Männern gegen Andersfarbige verübt werden, wären ohne das 'Rassismusgefälle' zwischen Täter und Opfer nicht vorstellbar. Dies gilt, um nur die folgenschwersten Vorfälle anzusprechen, beim Totschlag gegen den Kurden Mustafa Yildirim in Fribourg (25.11.89) und beim Totschlag gegen den Tamilen Selvarajah Jeevan in Regensdorf (20.7.90). Viele waren schnell bereit, die beiden Täter (ein Lehr-